Update

KEINE GESCHLOSSENEN LAGER FÜR ASYLBEWERBER
Nein zu Sekundärmigrationszentren
Appell an die Landesregierung Baden-Württemberg

Initiator:innen: Seebrücke Karlsruhe, Aufstehen gegen Rassismus Kraichtal, Kraichtal hilft e.V. und Netzwerk für Demokratie und Menschenrechte Kraichgau
Unterstützende: 61 Organisationen sowie 38 Einzelpersonen

Hallo liebe Unterstützer:innen des Appells,

der Appell „Keine geschlossenen Lager für Asylbewerber“ wurde im Mai per E-Mail an Abgeordnete von Grünen und CDU übermittelt und im Juni an den Minister der Justiz und für Migration BW Moritz Oppelt. Ein Übergabetermin während der Koalitionsverhandlungen wurde uns trotz Nachfrage nicht eingeräumt. Am 23. Juni erhielten Vertreter:innen der Initator:innen eine Einladung zu einem Gespräch am 15. Juli im Haus der Abgeordneten in Stuttgart seitens Bündnis 90 / Die Grünen. Der Termin fand mit dem migrationspolitischen Sprecher der Grünen MdL Daniel Lede Abal und MdL Pascal Haggenmüller, einem der Landesvorsitzenden, sowie Lukas Jünger, parlamentarischer Berater für Recht, Verfassung und Migration, statt.

Beim Termin wurden die Initiativen von einer Vertreterin des Flüchtlingsrats BW unterstützt. Unser Appell wurde persönlich übergeben und die zentralen Anliegen vorgestellt.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen:

- das deutlich nach rechts verschobene Framing und Wording des Koalitionsvertrags im Kapitel Migration, das eine kritischere Stimmung gegenüber Geflüchteten im Land befördert,

- der Hinweis, dass Sekundärmigrationszentren im Koalitionsvertrag nicht explizit genannt sind,

- das offizielle Vorgehen des Koalitionspartners bei angestrebter Etablierung von SMZ**,**

- Fakten zur Sekundärmigration als Folge des Versagens des europäischen Asylsystems,

- der aktuelle Sachstand**,** Entscheidungswege und Risiken einer sukzessiven Umwidmung von LEAs zu Sekundärmigrationszentren,

- menschenrechtliche Aspekte, insbesondere der Schutz Minderjähriger und vulnerabler Personen,

- die Möglichkeit einer Anhörung zivilgesellschaftlicher Organisationen**,**

- sowie Anforderungen an Transparenz, unverzügliche Information bei Änderungen des Status quo und einen verlässlichen Kommunikationsweg**.**

Nach einem vertrauensvollen Gespräch machte MdL Pascal Haggenmüller deutlich, dass die Grünen eine Einführung von Sekundärmigrationszentren ablehnen und dass dieses Thema in Baden-Württemberg derzeit nicht zur Debatte steht. Für den Fall, dass es in den kommenden Jahren doch zu einer Diskussion über Sekundärmigrationszentren kommen sollte, kündigte er an, die Vorschläge sorgfältig zu prüfen und den Austausch mit relevanten Verbänden zu suchen. Er betonte zudem, dass Migration als Chance verstanden werden müsse und dass es für die Grünen zentral sei, Menschen ein gutes Ankommen und gelingende Integration zu ermöglichen.

Eine Änderung des Status Quo müsste zwischen den Koalitionspartnern ausgehandelt werden.

Die Appellinitiative bewertet das Gespräch als konstruktiv und offen.

Im weiteren Verlauf wurde uns ein Kommunikationsweg mit MdL Daniel Lede Abal, Sprecher für Migrationspolitik zugesagt. Außerdem werden wir erneut versuchen, einen Termin mit MdLs der CDU zu erhalten.